

Bundesumweltministerium will Schutz vor belasteter Schafleber sicherstellen

Das Bundesumweltministerium lässt prüfen, ob die zuständigen Stellen eine bundesweite Empfehlung für einen eingeschränkten Verzehr von mit Dioxinen belasteter Schafleber geben sollen. Das ist das Ergebnis eines Fachgesprächs von Bund und Ländern, zu dem das Bundesumweltministerium für heute eingeladen hatte. In mehreren Bundesländern waren in Proben von Schafleber erhöhte Belastungen mit Dioxinen und PCB festgestellt worden. Die Ursachen dafür sind noch unklar.

Zunächst hatte Niedersachsen im November 2008 darüber informiert, dass die weitaus überwiegende Anzahl von Schafleberproben mit Dioxinen und PCB belastet sind. Diese Proben stammen sowohl aus Gebieten mit üblicher natürlicher Belastung (Hintergrundbelastung) als auch aus Gebieten, in denen diese Belastung erhöht ist. Zwischenzeitlich war auch in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern belastete Schafleber gefunden worden. Diese drei Bundesländer haben bereits aus Gründen des vorsorgenden Gesundheits- und Verbraucherschutzes vor dem Verzehr von Schafleber und daraus hergestellten Produkten gewarnt.

Bei dem Fachgespräch teilten jetzt auch Bayern und Nordrhein-Westfalen Untersuchungsergebnisse mit erhöhten Belastungen mit. Diese Tatsache zeigt, dass es sich nicht um ein regionales Problem handelt. Deshalb soll jetzt das Bundesinstitut für Risikobewertung innerhalb der nächsten sechs Wochen klären, ob bundesweit eine Empfehlung zum Verzehr von Schafleber gegeben werden soll. Gegen den Verzehr von Schaffleisch gibt es keine Bedenken.

An dem Fachgespräch nahmen Vertreter und Vertreterinnen der für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Landesbehörden teil. Das Bundesumweltministerium appellierte an die Lebensmittelüberwachung der Länder, sicherzustellen, dass keine Produkte auf den Markt gelangen, die den zulässigen Höchstgehalt (Grenzwerte) für Dioxine und PCB in der Leber von Schafen überschreiten. Dies sei auf Gründen des vorsorgenden Gesundheits- und Verbraucherschutzes dringend geboten.

Bereits vor gut einer Woche hatte das Bundesumweltministerium den Bundesverband der Schafzüchter darauf hingewiesen, dass der Lebensmittelunternehmer dafür verantwortlich ist, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts erfüllt werden müssen. Der Bundesverband wurde aufgefordert sicherzustellen, dass die Schafhalter keine Lebensmittel in den Verkehr bringen, die die zulässigen Höchstgehalte für Dioxine und PCB überschreiten.

Um die Dimension dieses Problems abschätzen zu können, muss die Datenlage verbessert und abgesichert werden. Dafür sollen bundesweit im Rahmen eines Monitoringprojektes umfangreiche Proben von Schafleber gezogen werden. Die Sammlung und Auswertung von Daten, die in einzelnen Bundesländern bereits begonnen hat, soll für das gesamte Bundesgebiet bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Zudem einigten sich Bund und Länder darauf, verstärkt nach den Ursachen der erhöhten Dioxinbelastungen zu suchen.

